

Antrag 132/I/2022**SPDqueer Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Trans*feindlichen Akteur*innen keine Plattform bieten**

1 Als SPD stehen wir fest an der Seite der trans* Communi-
 2 ty. Versuchen, trans* Personen – besonders trans* Frauen –
 3 ihr Geschlecht abzusprechen und ihnen so das Grundrecht
 4 auf Selbstbestimmung hinsichtlich ihrer geschlechtlichen
 5 Identität zu verweigern, stellen wir uns entschieden ent-
 6 gegen. Für uns ist klar: trans* Frauen sind Frauen, trans*
 7 Männer sind Männer, nicht-binäre Menschen sind nicht-
 8 binäre Menschen.

9

10 Diese Haltung ist die Grundlage für unser politisches Han-
 11 deln. Akteur*innen, die trans* Menschen ihr Grundrecht
 12 auf Selbstbestimmung absprechen oder ihre geschlechtli-
 13 che Identität pathologisieren, stellen sich gegen die Ziele
 14 der SPD. Sie sind unsere politischen Gegner*innen.

15

16 Insbesondere lassen wir nicht zu, dass queere und fe-
 17 ministische Überzeugungen gegeneinander ausgespielt
 18 werden. Als Sozialdemokrat*innen waren und sind wir im-
 19 mer Teil der Frauenbewegung und der queeren Communi-
 20 ty. Es ist notwendiger Bestandteil unseres Verständnisses
 21 von Feminismus, die Rechte von trans* Menschen – ins-
 22 besondere von trans* Frauen – zu schützen und zu ver-
 23 teidigen. Deshalb war es ein gutes und richtiges Zeichen,
 24 dass der Antrag „Solidarität mit der trans* Community:
 25 Kein Platz für Trans*feindlichkeit“, der am 10. Januar 2022
 26 vom Landesvorstand der SPD Berlin beschlossen wurde,
 27 durch die ASF, die SPDqueer und die Jusos gemeinsam ein-
 28 gebracht worden war.

29

30 Als politische Partei ist es unser Auftrag, an der politischen
 31 Willensbildung in der Gesellschaft mitzuwirken. Mit un-
 32 serem politischen Handeln nehmen wir Einfluss darauf,
 33 wie gesellschaftliche Debatten geführt werden. Daraus
 34 ergibt sich eine besondere Verantwortung – gerade wenn
 35 es darum geht, marginalisierten Gruppen gleiche Rech-
 36 te und gleichen Schutz zuzugestehen oder abzusprechen.
 37 Wenn SPD-Mitglieder oder -Gliederungen durch Äußerun-
 38 gen oder Veranstaltungen den Eindruck erwecken, dass
 39 unsere Partei trans*feindliche Positionen teilt, billigt oder
 40 toleriert, dann untergräbt das unsere politische Arbeit
 41 und erschwert es, unsere Ziele zu erreichen. Es stößt auch
 42 gerade die Menschen vor den Kopf, für deren Rechte wir
 43 uns einsetzen wollen – sowohl innerhalb als auch außer-
 44 halb unserer Partei.

45

46 Aus diesem Grund halten wir es für unvereinbar mit den
 47 Grundsätzen und der Ordnung der Partei, Akteur*innen ei-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Als SPD stehen wir fest an der Seite der trans* Communi-
 ty. Versuchen, trans* Personen – besonders trans* Frauen –
 ihr Geschlecht abzusprechen und ihnen so das Grundrecht
 auf Selbstbestimmung hinsichtlich ihrer geschlechtlichen
 Identität zu verweigern, stellen wir uns entschieden ent-
 gegen. Für uns ist klar: trans* Frauen sind Frauen, trans*
 Männer sind Männer, nicht-binäre Menschen sind nicht-
 binäre Menschen.

Diese Haltung ist die Grundlage für unser politisches Han-
 deln. Akteur*innen, die trans* Menschen ihr Grundrecht
 auf Selbstbestimmung absprechen oder ihre geschlechtli-
 che Identität pathologisieren, stellen sich gegen die Ziele
 der SPD. Sie sind unsere politischen Gegner*innen.

Insbesondere lassen wir nicht zu, dass queere und fe-
 ministische Überzeugungen gegeneinander ausgespielt
 werden. Als Sozialdemokrat*innen waren und sind wir im-
 mer Teil der Frauenbewegung und der queeren Communi-
 ty. Es ist notwendiger Bestandteil unseres Verständnisses
 von Feminismus, die Rechte von trans* Menschen – ins-
 besondere von trans* Frauen – zu schützen und zu ver-
 teidigen. Deshalb war es ein gutes und richtiges Zeichen,
 dass der Antrag „Solidarität mit der trans* Community:
 Kein Platz für Trans*feindlichkeit“, der am 10. Januar 2022
 vom Landesvorstand der SPD Berlin beschlossen wurde,
 durch die ASF, die SPDqueer und die Jusos gemeinsam ein-
 gebracht worden war.

Als politische Partei ist es unser Auftrag, an der politischen
 Willensbildung in der Gesellschaft mitzuwirken. Mit un-
 serem politischen Handeln nehmen wir Einfluss darauf,
 wie gesellschaftliche Debatten geführt werden. Daraus
 ergibt sich eine besondere Verantwortung – gerade wenn
 es darum geht, marginalisierten Gruppen gleiche Rech-
 te und gleichen Schutz zuzugestehen oder abzusprechen.
 Wenn SPD-Mitglieder oder -Gliederungen durch Äußerun-
 gen oder Veranstaltungen den Eindruck erwecken, dass
 unsere Partei trans*feindliche Positionen teilt, billigt oder
 toleriert, dann untergräbt das unsere politische Arbeit
 und erschwert es, unsere Ziele zu erreichen. Es stößt auch
 gerade die Menschen vor den Kopf, für deren Rechte wir
 uns einsetzen wollen – sowohl innerhalb als auch außer-
 halb unserer Partei.

**Natürlich wollen wir über trans*-Rechte reden und dabei
 die Sichtbarkeit und das Recht zur Selbstbestimmung von**

ne öffentliche Plattform zu bieten, die trans* Menschen ihr Grundrecht auf Selbstbestimmung absprechen möchten oder ihre geschlechtliche Identität pathologisieren. Wenn SPD-Mitglieder oder -Gliederungen in Kooperation mit solchen Akteur*innen Veranstaltungen organisieren oder sie als Referent*innen zu SPD-eigenen Veranstaltungen zu betreffenden Themen einladen, fügt dies der Partei Schaden zu. Daher fordern wir den Landesvorstand auf, in solchen Fällen zu prüfen, ob parteiordnungsrechtliche Schritte einzuleiten sind.

58

59 **Begründung**

60 Angesichts der jüngsten Berichterstattung, wonach
61 eine Gliederung eine Veranstaltung u.a. mit der
62 Aktivistin Chantal Louis geplant haben soll (vgl.
63 https://www.queer.de/detail.php?article_id=41699¹),
64 sollten die SPDqueer und die SPD Berlin Stellung beziehen – schon um den Eindruck zu vermeiden, die SPD
65 würde sich mit der Meinung von Chantal Louis zum
66 Selbstbestimmungsrecht von trans* Menschen gemein
67 machen. Der LSVD schreibt über das von ihr und Alice
68 Schwarzer veröffentlichte Buch „Transsexualität: Was ist
69 eine Frau? Was ist ein Mann? – Eine Streitschrift“: „Denn
70 in letzter Konsequenz ist das Buch ein Plädoyer dafür,
71 es trans* Menschen so schwer wie möglich zu machen,
72 sie in die Unsichtbarkeit zu drängen und als Problem
73 und ungleichwertig darzustellen.“ (vgl. [https://www.ls-
vd.de/de/ct/6772-alice-schwarzer-transsexualitaet](https://www.ls-
vd.de/de/ct/6772-alice-schwarzer-transsexualitaet)²).
74 Damit steht die Position von Chantal Louis der Position
75 der SPD fundamental entgegen.
76

78

79 Die Formulierungen im ersten Absatz sind dem zitierten
80 Beschluss des SPD-Landesvorstands vom 10.
81 Januar 2022 entnommen (vgl. [https://spd.berlin/lv-
beschluss/solidaritat-mit-der-transcommunity-kein-
platz-fur-transshyfeindlichkeit](https://spd.berlin/lv-
beschluss/solidaritat-mit-der-transcommunity-kein-
platz-fur-transshyfeindlichkeit)³).
83

trans* Menschen vorantreiben, aber wenn SPD-Mitglieder oder -Gliederungen in Kooperation mit transfeindlichen Akteur*innen Veranstaltungen organisieren oder sie als Referent*innen zu SPD-eigenen Veranstaltungen zu betreffenden Themen einladen, fügt dies der Partei Schaden zu. Daher fordern wir alle Parteigliederungen auf, in solchen Fällen konsequent parteiordnungsrechtliche Schritte zu prüfen.